

## **Mecklenburg-Vorpommern 2020+ - Diskussionsangebot aus linker Sicht**

MV ist Teil einer Gesellschaft, in der der Neoliberalismus über die Hegemonie verfügt.

Das bedeutet verkürzt:

- Die Eigentümer und die Verfügungsberechtigten großer Vermögen, Wirtschafts- und Finanzunternehmen besitzen und nutzen die Macht, Politik nach ihrem Willen gestalten zu lassen. In den Vertretern einer Politik der Neuen Sozialen Marktwirtschaft haben die Mächtigen bereitwillige Vollstrecker gefunden.
- Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, auch die die nach dem ursprünglichen Geist des Grundgesetzes durch den Sozialstaat geschützt werden sollten (Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit), werden der Marktlogik unterworfen und im Wesentlichen unter betriebswirtschaftlichem Blickwinkel betrachtet. Alles muss sich rechnen.
- Die öffentlichen Kassen auf allen Ebenen sind durch die neoliberale Politik ausgeplündert worden, so dass Spielräume für eine am Gemeinwohl orientierte Daseinsvorsorge und chancengleicher Zugang zu Bildung, Kultur und Sport für alle Menschen kaum noch vorhanden sind.
- Unter dem neoliberalen Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist ein beispielloser Abbau von sozialen Rechten und Rechten im Arbeitsleben vollzogen worden. Deutschland zählt heute in vielen Bereichen als Niedriglohnland, in MV werden die geringsten Löhne und Gehälter Deutschlands gezahlt. Armut und Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung haben Ausmaße angenommen, die großen sozialen Sprengstoff beinhalten.
- Dem neoliberalen Geist entspricht das auf steigendem Ressourcenverbrauch und Ausplünderung der Natur beruhende Wachstumsmodell, dessen Grenzen erreicht sind und das die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet.

**Kurzfristige auf das Erreichen von Maximalprofit ausgerichtete Interessen bestimmen den Umgang sowohl mit der Natur als auch mit den Menschen. Eine solche Gesellschaftsordnung ist nicht zukunftsfähig und muss überwunden werden.**

„Die gegenwärtige Krise ist ein nachdrücklicher Hinweis darauf, dass die bisher noch leidlich funktionierenden Methoden der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung für die Zukunft untauglich sind. Überlagert wird dieser eng mit der Globalisierung verknüpfte Trend in Europa, insbesondere auch in Mecklenburg-Vorpommern, vom demografischen Wandel. Die bereits allein wegen des Ressourcenverbrauchs kritischen Entwicklungen treffen hierdurch auf zunehmende infrastrukturelle Defizite. Besonders hart trifft dies ländliche Räume, Mecklenburg-Vorpommern in vorderster Front. Die politische Konzentration auf wirtschaftliche Leuchttürme/Ballungsräume verstärkt die Unterversorgung der bereits zurückgebliebenen Landstriche und der dort Lebenden. Wegen der Verknüpfung beider Trends sind andere Lebensstile,

andere Produktionsweisen und insbesondere andere Formen demokratischer Einflussnahme auf Politik schlichte Notwendigkeiten geworden.“  
(Adamski/Adolphi „Linke Entwicklungsstrategien 2020+“)

Für Mecklenburg-Vorpommern kommt hinzu, dass in wenigen Jahren die Zuführung von Fördermitteln aus der EU drastisch zurückgehen und der Solidarpakt 2020 ausgelaufen sein wird. Die einzige Antwort der Landespolitik darauf ist bisher die Forderung nach Ausgabenreduzierung in Land und Kommunen. Das kann nur zum Kollaps führen.

**Können angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bereits vor Überwindung des Kapitalismus deutliche Veränderungen im Interesse der großen Masse der Bevölkerung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen erreicht werden?**

Die sozialen und ökologischen Herausforderungen schließen ein „weiter so!“ kategorisch aus. Auch DIE LINKE darf nicht nach dem Motto folgen: „Wir machen weiter wie bisher, nur sozialer, demokratischer und ökologischer.“

**Unsere Vision ist:**

**Mecklenburg-Vorpommern ist eine nachhaltig wirtschaftende Region ohne Arbeitslosigkeit, ohne Abwanderung der Jugend, mit individuell ausgerichteten, überall zugänglichen Informations-, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner, mit Chancengleichheit. Sie fühlen sich der Region, in der sie leben, verbunden und haben das Recht mitzureden und mit zu entscheiden. Der Mensch und seine Lebensqualität stehen im Mittelpunkt. Deshalb sind alle motiviert, werden gebraucht und finden ihren Platz in der Gesellschaft. Und all das im Einklang mit der Natur.**

Deshalb wollen wir weg vom quantitativen Wachstum, weg vom überbordenden Ressourcenverbrauch.

Besser Leben aber nicht in jedem Fall mehr haben!

Den Ansatz bzw. die Methode unseres Leitbildes für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns sehen wir darin:

**Wir wollen darüber diskutieren und letztlich befinden, auf welcher Ebene welche Entscheidung im Interesse der betroffenen Menschen zu fällen ist. Wir wollen konsequente Regionalisierung – Entscheidungen da fällen, wo die Betroffenen am dichtesten dran sind – größtmögliche Mitwirkung vielfältiger Akteure – also konsequente Demokratisierung.  
Die Behörden verändern ihre Rolle – sie werden zum Moderator, zum Kontrolleur und zum Multiplikator der besten Ideen und Wege.**

„Regionales Wirtschaften nimmt der Globalisierung wichtige Themen...Ein ressourcenverschwendender Entwicklungsirrtum einer Region kann keinen globalen Kollaps bewirken, da er zuallererst von den regionalen Akteuren bemerkt werden wird, die schon aus Eigeninteresse rechtzeitig gegensteuern werden...  
Ein Großteil der erforderlichen Arbeitsteilung kann regional bewerkstelligt

werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind weniger krisenanfällig. Weitreichende regionale Autarkie schließt dabei die Zufuhr hoch technisierter Produkte und Dienstleistungen nicht aus, sie schränkt sie aber auf das Notwendige ein, und das Ausmaß wird regional selbst bestimmt. Genau dort liegt der besondere Charme, weil diese Form der Regionalisierung eine tief greifende Demokratisierung voraussetzt. Die zu treffenden Entscheidungen wirken so unmittelbar auf die Lebensqualität des Einzelnen,... Desinteresse und Demokratiemüdigkeit werden durch Wertschöpfung und Teilhabe in Aktivität umgewandelt.“ (Adamskis/Adolphi:....)

Für diesen Weg bietet sich Mecklenburg-Vorpommern geradezu an:

- Demografischer Wandel, Finanznot, wachsende Armut, Ausbluten der ländlichen Räume erfordern drastische Veränderungen.
- Die Natur und ihr Schutz sind die wesentlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.
- Die kleinteilige Unternehmensstruktur begünstigt regionale Wertschöpfungsketten.
- Auf einer Reihe von Gebieten werden bereits Bottom-up-Prozesse (von unten nach oben) erfolgreich erprobt und durchgeführt.

Eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten und Menschen mit ähnlichen Interessen, ist am besten in der Lage, gleichberechtigt und gemeinschaftlich darüber zu entscheiden, was gut für die Region ist, wie viel Nutzung die Naturressourcen vertragen, damit die Reproduktion gewährleistet ist und auch morgen noch etwas zur Nutzung da ist.

Ein solches Vorgehen, erfordert ein hohes Maß an gleichberechtigter Mitwirkung vieler Akteure: Unternehmen, Behörden, Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern.

Das bedeutet, bei jeder Entscheidung und bei jedem Vorhaben, das Gemeinwohl im Blick zu haben.

Ein solches Vorgehen stößt an die Grenzen der Gesellschaftsordnung, fordert letztlich deren Überwindung. Dieses Denkmodell, schrittweise umgesetzt, zeigt einen Weg auf, der friedlich und demokratisch über die Gewinnung von Mehrheiten eine neue Gesellschaftsordnung erreichbar macht.

### **Wie kommen wir dahin?**

„Aus Sicht der Anforderungen nachhaltiger Entwicklung braucht moderne Programmatik einen methodischen Charakter, der die Akteure motiviert, Wertschöpfung und Teilhabe in das Zentrum des regionalen Entwicklungsprozesses zu stellen. Linke Politik sollte sich also darauf konzentrieren, den Übergang zu solcherart zukunftsfähigen Strukturen zu befördern, indem:

- besonders geeignete Themen der Regionalisierung herausgearbeitet werden,
- Kriterienkataloge erarbeitet werden, mit deren Hilfe regionale Akteure Leitbilder entwickeln können, die die Lebensqualität in der Region langfristig sichern,

- Themenbereiche herausgearbeitet werden, die der Regionalisierung entzogen werden sollten, um allgemeingültige Entwicklungsanforderungen erfüllen zu können.“ (Adamski/Adolphi:...)

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern verfügt in vielen Politikfeldern über Standpunkte, Konzeptionen, Thesenpapiere. Die sind einerseits konkret auf Tagesaufgaben bezogen und andererseits visionär. Als Aufgabe steht jetzt, für jedes dieser Felder Wege aufzuzeigen, wie wir regional zu einer Lösung kommen, welche Voraussetzungen dafür nötig sind und welche Instrumente wir dazu brauchen.

Nicht alle Fragen sind regional zu beantworten. Wir leben nicht auf einer Insel und MV ist eingebunden in ein umfangreiches Beziehungsgeflecht über die Landesgrenzen hinaus. Aber die Methode ist übertragbar. Dafür muss der Staat seine Rolle verändern. Wir alle müssen uns verändern, unsere Lebensweise und unsere Ansprüche.

### **Nationale, internationale und eigene Erfahrungen nutzen (Beispiele)**

#### 1. Schulbildung in Schweden:

- Kommunen entscheiden selbst, auf welche Weise sie ihre Mittel für die Bildung (45% des kommunalen Haushalts) einsetzen
- Ausgleichszahlungen reicherer Orte bewirken, dass auch arme, abgelegene Orte ausreichendes Budget erhalten
- bei zugewiesenen Summen entscheiden Orte selbst, ob sie in dezentrale Zwergschulen oder ein komfortables Beförderungssystem investieren

#### 2. Polikliniken im finnischen Lappland

- Allgemein- und Fachärzteversorgung in Gesundheitszentren (wie ehemalige Polikliniken, Landambulatorien) in wenigen zentralen Orten organisiert, Ärzte und andere Gesundheitsdienste sind dort angestellt
- Spezialisten in den entfernten Unikliniken untersuchen per Bildschirmkonferenz

#### 3. Pauschalierung von kommunalen Fördermitteln in Sachsen

- Versuche des Landes Sachsen, die Budgets der Kommunen nicht mehr zweckgebunden aufzustocken, sondern Körperschaften pauschal Mittel zuzuweisen, über die sie selbst und lokal verfügen können

#### 4. Arbeiten am Klima- und Energiekonzept in Greifswald (Beispiel)

### **Vorschläge (unvollständig und diskussionswürdig):**

#### **1. Verwaltung zur Dienstleistung umbauen**

- Verwaltung in Dienstleistungsstruktur umbauen: Regel einführen: Was nicht innerhalb bestimmter Frist bearbeitet ist, gilt als genehmigt
- Staatliche Offensive zur Verbesserung und Vereinheitlichung der elektronischen Verwaltung
- Voraussetzung: flächendeckendes schnelles Internet

#### **2. Dezentrale Bürgerverwaltung als Recht und als Pflicht einführen**

- Bürgerarbeit als festen Bestandteil des Gemeinwesens machen

- Rückzug staatlicher Verwaltung aus der Fläche durch bürgergesellschaftliche Selbstverwaltung ausgleichen
- In Porto Alegre (Brasilien) beispielsweise gemeinsame Bürgerentscheidung über den Haushalt gesetzlich vorgeschrieben (Bürgerhaushalt)
- Direkte Demokratie ausbauen

### **3. regionaler Arbeitsmarkt personenbezogener Dienstleistungen**

- schon heute gibt es viel Arbeit, die trotz hoher Arbeitslosenquote ungetan bleibt, obwohl sie sozial und ökologisch wünschenswert wäre, aber unter dem gegebenen Verteilungssystem unbezahlbar scheint
- würde ansonsten unbeschäftigten Menschen ermöglichen, wichtige Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen

### **4. Regionale Währungen ausbauen**

- nur in der Region gültige Zahlungsmittel sind neues Instrument, um die heimatlichen wirtschaftlichen Verbindungen zu stärken und Wertflüsse lokal zu begrenzen
- z. B. „Initiativkreis Regiogeld MV“ im LK Parchim

### **5. Nachhaltige Energiekreisläufe zur Regionalentwicklung**

- dezentrale Erzeugung und Versorgung aus erneuerbaren Energien
- Biomassenutzung muss im Einklang mit anderen Leistungen der Biosphäre erfolgen, keine Monokultur, keine langen Transportwege
- beispielsweise Förderung von Gemeinden entsprechend ihrer Energieautarkie – um lokale energetische Kreisläufe zu erreichen

### **6. Regionale Nahrungskreisläufe bevorzugen**

- Erzeugung, Verarbeitung einheimischer Produkte,
- regionale Direktvermarktung,
- bodenbezogene Tierhaltung, die in die Region passt